

Niederschrift
über den öffentlichen Teil der 16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 17.06.2025
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzende Abg. Thea Tomforde
Landrat Marco Prietz
Abg. Robert Abel
Abg. Claus Aselmann
Abg. Willi Bargfrede
Abg. Nils Bassen
Abg. Ernst Behrens
Abg. Jens Behrens
Abg. Melanie Blank
Abg. Jürgen Blanken
Abg. Doris Brandt
Abg. Nico Burfeind
Abg. Thomas Busch
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Henning Cordes
Abg. Dirk Detjen
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Harald Hauschild
Abg. Marvin Heinrich
Abg. Ina Helwig
Abg. Eike Hendrik Holsten
Abg. Michaela Holsten
Abg. Sabine Holsten
Abg. Stefan Imbusch
Abg. Franziska Kettenburg
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Detlef Kück
Abg. Ingolf Lienau
Abg. Reinhard Lindenberg
Frau Sünje Loes
Abg. Uwe Lüttjohann
Abg. Henry Michaelis
Abg. Dr. Marco Mohrmann
Abg. Susanne Mrugalla

Abg. Knut Nagel
Abg. Tam Ofori-Thomas
Abg. Bernd Petersen
Abg. Lars Rosebrock
Abg. Joy Rosenberg
Abg. Günter Scheunemann
Abg. Erika Schmidt
Abg. Bernd Sievert
Abg. Reinhard Trau
Abg. Hartmut Wallin
Abg. Marsha Weseloh
Abg. Christian Winsemann
Abg. Bernd Wölbern
Abg. Norbert Wolf

Verwaltung

Herr Dr. Torsten Lühring (Dez. IV)
Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)
Frau Heike von Ostrowski (Dez. II)
Frau Imke Colshorn (Dez. III)
Frau Laura Meyer (stellv. Gleichstellungsbeauftragte)
Herr Michael Meyer (Büro des Landrates)
Frau Monika Trau (Büro des Landrates)
Herr Jochen Twiefel (Büro des Landrates)

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Elisabeth Dembowski
Abg. Marie-Thérèse Kaiser
Abg. Stefan Klingbeil
Abg. Tobias Koch
Abg. Marco Körner
Abg. Volker Kullik
Abg. Dirk-Frederik Stelling

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Kreistages am 20.03.2025
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

- 6** Mandatsniederlegung des Kreistagsabgeordneten Stefan Klingbeil; hier Feststellung der Voraussetzungen gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG
Vorlage: 2021-26/0951
- 7** Verpflichtung einer Kreistagsabgeordneten gemäß § 60 NKomVG und Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG
Vorlage: 2021-26/0952
- 8** Besetzung von Ausschüssen und Gremien;
1. Neubesetzung eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Jugendhilfeausschuss;
2. Berufung der Lehrervertreter der berufsbildenden Schulen im Schulausschuss
Vorlage: 2021-26/0927
- 9** Jahresabschluss 2023
a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2023 des Landkreises und des Nettoregiebetriebes Abfallwirtschaft
b) Entlastung des Landrates
c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2023
Vorlage: 2021-26/0930
- 10** Gesamtabchluss 2023; Befreiung von der Aufstellungspflicht gemäß § 128 Abs. 4 Satz 4 NKomVG
Vorlage: 2021-26/0954
- 11** Anpassung des mit den Elbe Kliniken Stade-Buxtehude gGmbH im Jahre 2016 geschlossenen und bereits mehrfach geänderten Konsortialvertrages
Vorlage: 2021-26/0923
- 12** Verlängerung der Betrauung der OsteMed Kliniken und Pflege gGmbH mit der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Krankenhaus- und Altenpflegeversorgung im Landkreis
Vorlage: 2021-26/0933
- 13** Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen, hier: Kreismusikschule
Vorlage: 2021-26/0953
- 14** Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Verwaltungsgericht Stade
- 14.1** Wahl einer oder eines Wahlbevollmächtigten und einer Stellvertreterin oder eines Stellvertreters
Vorlage: 2021-26/0941
- 14.2** Beschluss über die Aufstellung der Vorschlagsliste
Vorlage: 2021-26/0928
- 15** Beitritt Itebo Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG
Vorlage: 2021-26/0917
- 16** Bestellung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: 2021-26/0918
- 17** Ernennung von Feuerwehr-Ehrenbeamten
Vorlage: 2021-26/0929

- 18 Aktueller Stand der Verhandlungen mit den Krankenkassen und der daraus resultierenden Entgeltvereinbarung/Satzung
Vorlage: 2021-26/0912
- 19 Neufassung der Sport- und Kulturförderung des Landkreises Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/0908
- 20 Fortsetzung der Regionalen Ausbildungsbörse (RAB) ab 2026
Vorlage: 2021-26/0890/1
- 21 Antrag der Kreistagsgruppe CDU / FDP / WFB (BLZG) / FW: Täterberatungseinrichtung für Häusliche Gewalt im Landkreis Rotenburg
Vorlage: 2021-26/0946
- 22 Antrag von Frau Mariella Schubert für den Kreisschülerrat vom 08. April 2025: Antrag auf Bereitstellung und regelmäßige Befüllung von Spendern für Menstruationsartikel an Schulen in Trägerschaft des Landkreises
Vorlage: 2021-26/0922
- 23 Verweisung von Anträgen an den Kreistag in die zuständigen Fachausschüsse
- 23.1 Antrag Die Linke vom 03.06.2025: Weibliche Genitalverstümmelung – Koordinierung eines kreisweiten Beratungsnetzwerkes zur Versorgung betroffener Frauen
Vorlage: 2021-26/0962
- 24 Anfragen
- 25 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzende Tomforde eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr. Sie begrüßt die Abgeordneten, die Vertreter der Presse und der Verwaltung. **Kreistagsvorsitzende Tomforde** begrüßt besonders die Schüler und Lehrkräfte der Eichenschule Scheeßel, die im Rahmen eines Projekts „Kommunalpolitik“ die heutige Sitzung als Zuhörer besuchen.

Die Abgeordneten Marco Körner, Dirk-Frederik Stelling, Tobias Koch, Volker Kullik, Elisabeth Dembowski, Marie-Thérèse Kaiser und Stefan Klingbeil fehlen entschuldigt.

Kreistagsabgeordnete Tomforde stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Kreistages am 20.03.2025**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 15. Sitzung des Kreistages am 20.03.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	46
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Landrat Prietz berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 20.03.2025 sei der Kreisausschuss am 29.04., 15.05. und 12.06.2025 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Das Einvernehmen zur Finanzierung eines umfangreichen WLAN-Netzausbaus sowie die Umrüstung der Beleuchtung auf LED im Gymnasium Sottrum wird nicht hergestellt. Der Samtgemeinde sei jedoch zugestanden, den weiteren WLAN-Netzausbau sowie die Umrüstung der Beleuchtung auf LED im Gymnasium Sottrum selbst zu finanzieren und hierfür eine Förderung durch die Kreisschulbaukasse in Anspruch zu nehmen.
Darüber hinaus wird eine Umwidmung bereits bewilligter Gelder nicht ausgeschlossen.
2. Der Annahme von Zuwendungen in Höhe von insgesamt 1.550 Euro für das Frauenhaus wird zugestimmt.
3. Es wird beschlossen,
 - a. dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) die Bezügeabrechnung für das Personal der Stiftung Bachmann-Museum Bremervörde weiterhin übernimmt und hierfür die Gebühren wie aus der Anlage (zur Vorlage) ersichtlich angepasst werden und
 - b. dass die Stiftung berechtigt ist, die in der Anlage (zur Vorlage) aufgeführten Dienstleistungen des Landkreises in Anspruch zu nehmen.
4. Der Zevener Tennis Club e.V. erhält die Differenz zu der bereits beschlossenen Zuwendung und der tatsächlich beantragten Zuwendung: 20 % der zuwendungsfähigen Kosten, in Höhe von bis zu 28.292 €, mit der Maßgabe, dass zwischen tatsächlichen monetären Einnahmen und Ausgaben kein Überschuss entstehen darf.
5. Die Preise für die Mittagsverpflegung und die Getränke in der Kantine des Kreishauses in Rotenburg (Wümme) werden zum 01.07.2025 entsprechend der Anlage angehoben.

(Für die Beschäftigten des Landkreises werden die Preise für die Tagesgerichte I und II um jeweils 50 Cent angehoben. Moderate Preisanpassungen gibt es auch für die Dauerangebote sowie die Getränke.

Einen deutlichen Aufschlag für das Essen müssen zukünftig alle Kantinennutzerinnen und -nutzer zahlen, die nicht bei der Kreisverwaltung beschäftigt sind. Hier sollen die Preise tendenziell ein marktübliches Niveau erreichen.)

6. Der Verkehrswacht Bremervörde-Zeven e.V. wird zur Sanierung der Gleitfläche ein Zuschuss in Höhe von einem Drittel der Kosten = 3.872,38 € gewährt.
7. Der Neubau der Rettungswache Rotenburg wird ausschließlich für den Rettungsdienst geplant, so dass auf dem Grundstück Flächenreserven für eine spätere Erweiterung vorhanden sind.
Zur Ausführung soll die neue Rettungswache entsprechend der erläuterten Variante 2 (für den jetzt benötigten Bedarf, und Sozialbereich der Erweiterung, ohne Hallen der Erweiterung, (Sozialbereich mit Obergeschoss) hergestellt werden. Die Verwaltung wird gebeten, die Planung hierfür auszuarbeiten.

Punkt 5 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Landrat Prietz berichtet wie folgt:

Der Haushalt 2026 sei bereits Thema in den Gesprächen zwischen den Fraktionen und der Verwaltung. Es werde zurzeit mit einem Defizit in Höhe von ca. 27 Millionen Euro gerechnet. Er habe verwaltungsinterne Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung abgefragt. Daraufhin seien rund 100 Vorschläge vorgelegt worden, deren Umsetzbarkeit geprüft werde. Einen Vorgeschmack auf die zu erwartenden Beratungen zum Haushalt könne es in der heutigen Kreistagssitzung zum Thema Sport- und Kulturförderung des Landkreises geben. Das Thema werde bereits jetzt angegangen, weil für die Förderanträge zum Teil eine Frist bis zum 15.08. des Jahres gelten würde.

Erfreulich sei, dass Ende März mit dem vormaligen Nieders. Ministerpräsidenten Stephan Weil eine Einigung über einen Pakt für Kommunalinvestitionen erzielt werden konnte. Das Land würde den Kommunen 640 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Davon würden die Veterinärämter 40 Millionen Euro für die Erledigung der ihnen vom Land übertragenen Aufgaben erhalten. Die restlichen 600 Millionen Euro würden für Investitionsmaßnahmen je zur Hälfte an die Gemeinden und Landkreise verteilt. Für den Landkreis Rotenburg (Wümme) würde sich daraus eine Summe von etwa 6 Millionen Euro ergeben. Dies sei eine gute Sache, die auch ein Stück weit in der jetzigen Situation helfen würde. Dies reiche aber nicht aus, um die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben des Landkreises zu schließen. Auch der Bund habe mit dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz finanzielle Hilfen für die Kommunen beschlossen, was zu begrüßen sei. Die Entwicklung der Kommunalfinanzen werde auch wesentliches Thema bei der nächsten Landräte-Konferenz sein.

Das Agaplesion Diakonieklinikum in Rotenburg habe in einem ausführlichen Schreiben auf die angespannte finanzielle Situation des Krankenhauses hingewiesen. Die Klinik würde darunter leiden, dass Betriebskosten nicht ausreichend von den Kostenträgern übernommen und notwendige Investitionen nicht genug gefördert würden. Der Landkreis würde das Diakonieklinikum nicht in gleichem Maße finanziell unterstützen, wie die OsteMed-Klinik in Bremervörde. Er habe deshalb Vertreter der Geschäftsführung des Krankenhauses hierzu in der vergangenen Woche zu einem Gespräch eingeladen. Dabei habe er deutlich gemacht, dass der Landkreis 49 % der Anteile an der OsteMed-Klinik und Pflege GmbH halten würde. Die Sachlage sei nicht mit dem Diakonieklinikum vergleichbar. Er habe klargestellt, dass es keine finanzielle Förderung des Landkreises für das Diakonieklinikum geben werde.

Das Thema Ausbau der Windenergie und Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) würde nächste Woche auf der Tagesordnung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Planung stehen. Im Rahmen der Auslegung der Unterlagen zur Änderung des RROP seien mehr als 250 Stellungnahmen beim Landkreis eingegangen. Jede dieser Stellungnahmen sei einzeln geprüft und bewertet worden. Im Anschluss an die Sitzung würden die danach notwendigen Änderungen in den Entwurf eingearbeitet und ein zweiter Entwurf werde in das Beteiligungsverfahren gegeben. Dann könnten wieder neue Stellungnahmen eingereicht werden. Er hoffe, dass das geänderte RROP noch in der laufenden Wahlperiode vom Kreistag beschlossen werden könne. Eine Beteiligung der Kommunen an Windenergieanlagen sei nach aktueller Rechtslage nicht möglich, weil eine Kommune dazu keine Kredite aufnehmen dürfe. Er appelliere an Alle, die politisch Einfluss nehmen könnten, sich für eine Klärung dieser Frage einzusetzen.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Mandatsniederlegung des Kreistagsabgeordneten Stefan Klingbeil; hier Feststellung der Voraussetzungen gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/0951

Kreistagsvorsitzende Tomforde erläutert, der Abgeordnete Stefan Klingbeil habe schriftlich die Niederlegung seines Kreistagsmandats erklärt. Die Feststellung über den Sitzverlust habe der Kreistag zu treffen.

Beschluss:

Das Vorliegen der Voraussetzungen für den Sitzverlust im Kreistag des Abgeordneten Stefan Klingbeil, Rotenburg (Wümme), wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Verpflichtung einer Kreistagsabgeordneten gemäß § 60 NKomVG und Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/0952

Landrat Prietz erklärt, Frau Sünje Loës sei für den ausgeschiedenen Abgeordneten Stefan Klingbeil in den Kreistag nachgerückt. Frau Loës sei schriftlich auf ihre Verpflichtungen aus den §§ 40 bis 42 NKomVG hingewiesen worden und habe diese zur Kenntnis genommen.

Der **Landrat** verpflichtet die Abg. Sünje Loës ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen. Die Verpflichtung wird mit Handschlag bekräftigt.

Abg. Loës nimmt an der Sitzung teil.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Besetzung von Ausschüssen und Gremien;**
1. Neubesetzung eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Jugendhilfeausschuss;
2. Berufung der Lehrervertreter der berufsbildenden Schulen im Schulausschuss
Vorlage: 2021-26/0927

Kreistagsvorsitzende Tomforde lässt über die Beschlussvorschläge zu den Unterpunkten 1. bis 3. einzeln abstimmen.

1. Neubesetzung eines Mitglieds mit beratender Stimme im Jugendhilfeausschuss

Beschluss:

1. Herr Stefan Jacobsen wird als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss abberufen.
2. Als beratendes Mitglied zur Vertretung der AG 78 „Hilfe zur Erziehung und Eingliederungshilfe“ im Jugendhilfeausschuss wird Herr Jens Gliessmann, Lebenshilfe Rotenburg-Verden, in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

2. Berufung der Lehrervertreter der berufsbildenden Schulen im Schulausschuss

Beschluss:

Die personelle Besetzung des Schulausschusses wird wie folgt neu festgestellt:

Lehrervertreter:

- b) berufsbildende Schulen
Mitglied: Johanna Pfeiffer (BBS Zeven)
1. Ersatzmitglied: Ralf Wolf (BBS Rotenburg)
2. Ersatzmitglied: Ralph Lindemann (BBS Bremervörde)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

3. Umbesetzungen in Folge der Mandatsniederlegung des Abg. Klingbeil

Beschluss:

Die personelle Besetzung der Ausschüsse und Gremien wird wie folgt neu festgestellt:

Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Personal und Organisation:
Abg. Sünje Loës (anstelle des Abg. Stefan Klingbeil)

Stellv. Mitglied im Jugendhilfeausschuss für die Abg. Elisabeth Dembowski:
Abg. Sünje Loës (anstelle des Abg. Stefan Klingbeil)

Stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Rotenburg Osterholz für den Abg. Marco Körner:
Abg. Sünje Loës (anstelle des Abg. Stefan Klingbeil)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Landrat Prietz verlässt den Sitzungsraum.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Jahresabschluss 2023**
a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2023 des Landkreises und des Nettoregiebetriebes Abfallwirtschaft
b) Entlastung des Landrates
c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2023
Vorlage: 2021-26/0930

Abg. Harling erläutert kurz den Sachverhalt. Das Haushaltsjahr 2023 sei für den Landkreis gut verlaufen. Man habe den Haushalt mit einem Minus von 7,3 Millionen Euro geplant und stattdessen das Jahr mit einem Plus von 16,9 Millionen Euro abgeschlossen. Grund dafür seien bessere Erträge und geringere Aufwendungen gewesen. Seither habe sich die Situation aber dramatisch verändert. Die Verschuldung des Landkreises habe sich innerhalb eines Jahres verdreifacht. Für das Jahr 2025 sei mit einem Schuldenstand von rund 100 Millionen Euro zu rechnen.

Die Jahresrechnung sei dem Rechnungsprüfungsamt (RPA) des Landkreises zur Prüfung vorgelegt worden. Geprüft werde die Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit. Dazu gehöre u. a. die Prüfung der Durchführung und Abwicklung von Vergabeverfahren. Dabei hätten sich im Zusammenhang mit dem Schulneubau in Bremervörde Beanstandungen des RPA ergeben. Die Verwaltung habe wegen der Baukostensteigerung eine Nachzahlung von 12 Millionen Euro an den Generalunternehmer geleistet, nachdem dessen ursprüngliche Nachforderung 26 Millionen Euro betragen habe. Das RPA hätte eine noch geringere Nachzahlung für möglich gehalten. Die Verwaltung habe sich entschieden, die Forderung des Generalunternehmers von 12 Millionen Euro zu akzeptieren, um eine Verzögerung der Baumaßnahme, evtl. sogar einen Baustopp und weitere Mehrkosten zu vermeiden. Deswegen habe das RPA aus dessen Sicht die Jahresrechnung nicht uneingeschränkt testiert. Im Prüfungsausschuss, ebenso wie im Finanzausschuss und Kreisausschuss sei dem Landrat aber jeweils einstimmig die Entlastung erteilt worden. Er habe deshalb keine Bedenken, auch heute dem Kreistag die Entlastung des Landrates zu empfehlen.

Kreistagsvorsitzende Tomforde stellt die Beschlussempfehlungen aus dem Kreisausschuss zur Abstimmung.

Beschluss:

- a) Beschluss über den Jahresabschluss:
Die Jahresabschlüsse des Landkreises Rotenburg (Wümme) und des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft werden in der vorgelegten Form festgestellt und beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschluss:

- b) Entlastung des Landrates:
Der Kreistag beschließt gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG dem Landrat bezüglich der Haushaltsführung 2023 die Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschluss:

- c) Beschluss über die Ergebnisverwendung:
Der Jahresabschluss des Landkreises schließt im Ergebnishaushalt mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 16.830.777,89 € und mit einem Überschuss im außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 75.187,04 € ab. Das ordentliche Ergebnis wird der ordentlichen Ergebnisrücklage zugeführt. Das außerordentliche Ergebnis wird der außerordentlichen Ergebnisrücklage zugeführt.
Der Jahresabschluss des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft schließt im Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 4.132,00 € ab. Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 4.132,00 € wird zur Deckung des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses verwendet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Landrat Prietz nimmt wieder an der Sitzung teil.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Gesamtabschluss 2023; Befreiung von der Aufstellungspflicht gemäß § 128 Abs. 4 Satz 4 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/0954

Beschluss:

Die Abschlüsse der verbundenen bzw. assoziierten Aufgabenträger sind für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit von untergeordneter Bedeutung. Die Möglichkeit einer Befreiung von der Aufstellungspflicht eines Gesamtabschlusses wird für das Jahr 2023 gemäß § 128 Abs. 4 Satz 4 NKomVG in Anspruch genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Anpassung des mit den Elbe Kliniken Stade-Buxtehude gGmbH im Jahre 2016 geschlossenen und bereits mehrfach geänderten Konsortialvertrages**
Vorlage: 2021-26/0923

Abg. Lindenberg führt aus, es würde bei dieser Entscheidung um sehr viel Geld und auch um die medizinische Grundversorgung im Landkreis gehen. Er bitte um Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Wenn das Krankenhaus Bremervörde erhalten werden solle, dann müsse dem Beschluss zugestimmt werden. Er weist auf die Veränderungen im Krankenhaussystem in den letzten Jahren hin. Lukrative Behandlungen würden von privaten Kliniken übernommen, die Gesundheitsversorgung sei zu einem Geschäftsmodell geworden. Nur die großen Krankenhäuser könnten überleben. Aus seiner Sicht könne das nicht richtig sein. Er richtet einen Appell an die Kreistagsmitglieder aus den Regierungsparteien. Diese sollten sich dafür einsetzen, dass sich an der Krankenhausfinanzierung etwas ändern werde. Die Abgeordneten vor Ort dürften nicht allein gelassen werden, denn sie würden die Verantwortung mittragen.

Abg. E. Holsten spricht den Artikel aus der Rotenburger Kreiszeitung zu dem Schreiben an, in dem das Agaplesion Diakonieklinikum in Rotenburg vom Landkreis eine finanzielle Unterstützung verlangen würde. Fast 80 % der Krankenhäuser würden rote Zahlen schreiben. Jedes zweite Krankenhaus sei in großer Sorge, ob die bisherigen Leistungen noch weiter erbracht werden könnten. Durch den aktuellen Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz könne eine Verbesserung eintreten. Aber nicht nur der Bund, sondern auch das Land müsse seine Hausaufgaben machen und aus Sicht der Krankenhäuser liefern. Der Kreistag würde heute seine Verantwortung zum Erhalt der OsteMed-Klinik mit dem Beschluss zum Konsortialvertrag wahrnehmen.

Abg. Bussenius blickt auf den Parkplatz bei der OsteMed-Klinik in Bremervörde, der dauernd voll sei. Die Klinik werde von der Bevölkerung gut angenommen und müsse erhalten werden. In Zeven sei das Martin-Luther-Krankenhaus geschlossen worden und das in dessen ehemaligen Räumlichkeiten angesiedelte Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) werde nach seinem Eindruck nicht so gut angenommen. Der Kreistag habe den Beschluss zur Gründung des MVZ in Zeven gefasst und stehe dafür nun auch in der Verantwortung. Die OsteMed-Klinik in Bremervörde leiste hervorragende Arbeit und müsse weiter durch Investitionen zukunftsfest gemacht werden.

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) schließt auf Basis der vorgenannten Erläuterungen eine Klarstellungsvereinbarung zum Konsortialvertrag vom 06.04.2016.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Verlängerung der Betreuung der OsteMed Kliniken und Pflege gGmbH mit der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Krankenhaus- und Altenpflegeversorgung im Landkreis**
Vorlage: 2021-26/0933

Abg. Brandt führt aus, das Bremervörder Krankenhaus verfüge über moderne Technik auf dem neuesten Stand. Nach der Schließung des Martin-Luther-Krankenhauses in Zeven würde es beim Rettungsdienst in der Mitte des Landkreises jetzt schon teilweise zu langen Fahrzeiten kommen. Sie sei froh, dass alle Abgeordneten beim Erhalt der OsteMed-Klinik in Bremervörde an einem Strang ziehen würden. Dies sei eine soziale Sicherstellung für alle Kreiseinwohner. Das müsse allen Abgeordneten die Gesundheitsvorsorge wert sein. Deswegen sei es richtig, die Beschlüsse zum Konsortialvertrag mit den Elbe Kliniken und zur Betreuung der OsteMed Kliniken und Pflege GmbH zu fassen. Das Krankenhaus in Bremervörde müsse auch in schwierigen Zeiten erhalten werden.

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) betraut die OsteMed Kliniken und Pflege gGmbH ab dem 01.01.2026 mit der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Krankenhaus- und Altenpflegeversorgung im Landkreis nach Maßgabe des anliegenden Betrauungsakts und unter Berücksichtigung der Vorgaben des europäischen Beihilfenrechts.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 13 der Tagesordnung: **Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen, hier: Kreismusikschule**
Vorlage: 2021-26/0953

Beschluss:

Der Annahme der Zuwendung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 14 der Tagesordnung: **Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Verwaltungsgericht Stade**

Punkt 14.1 der Tagesordnung: **Wahl einer oder eines Wahlbevollmächtigten und einer Stellvertreterin oder eines Stellvertreters**
Vorlage: 2021-26/0941

Abg. Wölbern schlägt die Abgeordnete Doris Brandt zur Wahl als Vertreterin vor.

Beschluss:

Als Wahlbevollmächtigte/Wahlbevollmächtigter für die Neuwahl der Vertrauensleute beim Verwaltungsgericht Stade wird gewählt:

Abg. Erich Gajdzik, Bremervörde-Elm

Als Vertreterin/Vertreter wird gewählt:

Abg. Doris Brandt, Bremervörde-Hesedorf

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 14.2 der Tagesordnung: **Beschluss über die Aufstellung der Vorschlagsliste**
Vorlage: 2021-26/0928

Abg. Gajdzik führt zur Erläuterung aus, der Kreistag würde mit den beiden Beschlüssen zu diesem Tagesordnungspunkt die Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Stade mit der Wahl der Wahlbevollmächtigten und dem Beschluss über die Vorschlagsliste vorbereiten. Er erläutert die Stellung und die Aufgaben der ehrenamtlichen Richter. Diese seien unabhängig und nur dem geltenden Recht unterworfen. Die ehrenamtlichen Richter würden bei der Urteilsfindung mitwirken, ihre Stimme entscheide mit. Es seien 72 ehrenamtliche Richter für den Verwaltungsgerichtsbezirk Stade zu wählen. Das Vorschlagsrecht für die Aufnahme in die Vorschlagsliste stehe den Fraktionen und Gruppen nach der Zahl ihrer Mitglieder zu. In die Vorschlagsliste könnten sowohl Kreistagsabgeordnete als auch andere interessierte Personen aufgenommen werden. Er bittet um Zustimmung zu den Vorschlägen und dankt allen, die sich zur Mitwirkung bereiterklärt hätten.

Beschluss:

In die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Stade sind aufzunehmen:

Nr.	Name, Vorname	Wohnort
1	Rücker, Andreas	Tarmstedt
2	Bargfrede, Willi	Visselhövede
3	Sausmikat, Hans-Jürgen	Sittensen
4	Krauskopf, Hans-Günter	Zeven
5	Krahn, Hans-Jürgen	Sottrum
6	Michaelis, Henry	Tarmstedt
7	Tietjen, Werner	Farven
8	Gajdzik, Erich	Bremervörde-Elm
9	Dilissen, Christian	Bremervörde-Elm
10	Langanke; Eckhard	Visselhövede
11	Behrens, Norbert	Rotenburg
12	Aselmann, Jan-Felix	Fintel
13	Imbusch, Karl-Heinz	Bremervörde
14	Klee, Annette	Heeslingen
15	Boettjer, Heino	Gnarrenburg
16	Bollmeyer, Ingo	Gnarrenburg-Brillit
17	Brandt, Doris	Bremervörde-Hesedorf
18	Brandt, Sebastian	Tiste
19	Rath, Sebastian	Rotenburg
20	Rimkus, Ralf	Gnarrenburgf
21	Szemjonneck, Meike	Scheeßel
22	Lust, Lars	Bremervörde
23	Schmidt, Erika	Bothel
24	Mrugalla, Susanne	Zeven

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 15 der Tagesordnung: **Beitritt Itebo Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG**
Vorlage: 2021-26/0917

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Geschäftsanteil der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG zu einem Kaufpreis von 1.000,- € zu erwerben.
2. Zur Wahl der in die Generalversammlung der ITEBO eG zu entsendenden, stimmberechtigten Vertreterin wird Frau Dr. Silke Fricke vorgeschlagen. Zur Wahl ihrer Vertreterin/ihres Vertreters wird die/der Kreistagsabgeordnete/r Harald Hauschild vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 16 der Tagesordnung: **Bestellung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes**
Vorlage: 2021-26/0918

Beschluss:

Frau Greta Willen-Butz, geb. 17. Februar 1987, wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Prüferin beim Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Rotenburg (Wümme) berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 17 der Tagesordnung: **Ernennung von Feuerwehr-Ehrenbeamten**
Vorlage: 2021-26/0929

Abg. Ofori-Thomas führt aus, der Landkreis und seine Bewohner könnten froh sein, dass es im Landkreis so viele Menschen geben würde, die sich in den freiwilligen Feuerwehren ehrenamtlich engagieren. Es seien ca. 6.000 Männer und Frauen in den freiwilligen Feuerwehren im Landkreis aktiv. Dieses Engagement würde Hochachtung verdienen.

Abg. Burfeind stimmt zu, die freiwilligen Feuerwehren würden Erstaunliches leisten. Dieses freiwillige Engagement sei keine Selbstverständlichkeit. Dafür gebühre allen Ehrenamtlichen herzlicher Dank.

Beschluss:

- a) Herr Peter Dettmer wird für die Dauer von 6 Jahren unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit mit Wirkung vom 01.07.2025 zum Kreisbrandmeister ernannt.
- b) Herr Jörg Suske wird für die Dauer von 6 Jahren unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit mit Wirkung vom 01.07.2025 zum Abschnittsleiter Freiwilliger Feuerwehren, Brandschutzabschnitt Nord (Bremervörde) ernannt.
- c) Herr Henning Herzig wird für die Dauer von 6 Jahren unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit mit Wirkung vom 01.07.2025 zum Abschnittsleiter Freiwilliger Feuerwehren, Brandschutzabschnitt Mitte (Zeven) ernannt.
- d) Herr Nils Schwarz wird für die Dauer von 6 Jahren unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit mit Wirkung vom 01.05.2026 zum stellvertretenden Abschnittsleiter Freiwilliger Feuerwehren, Brandschutzabschnitt Nord (Bremervörde) ernannt.

- e) Herr Reiner Harms wird für die Dauer von 6 Jahren unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit mit Wirkung vom 01.05.2026 zum stellvertretenden Abschnittsleiter Freiwilliger Feuerwehren, Brandschutzabschnitt Mitte (Zeven) ernannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 18 der Tagesordnung: **Aktueller Stand der Verhandlungen mit den Krankenkassen und der daraus resultierenden Entgeltvereinbarung/Satzung**
Vorlage: 2021-26/0912

Beschluss:

Die Entgeltvereinbarung zwischen dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und den Krankenkassen sowie die Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst und den Krankentransport im Landkreis Rotenburg (Wümme) werden in den vorliegenden Fassungen beschlossen.

Dieser Beschluss umfasst auch redaktionelle oder rechtliche Änderungen der Entgeltvereinbarung und/oder der Satzung, die sich aufgrund der Abstimmung mit den Kostenträgern ergeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 19 der Tagesordnung: **Neufassung der Sport- und Kulturförderung des Landkreises Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/0908

Abg. S. Holsten meint, dieser Tagesordnungspunkt würde auch mit dem Ehrenamt zusammenhängen. Sie betont wie wichtig z. B. die Sportvereine für die Erhaltung der Gesundheit der Menschen im Landkreis seien. Auch die Schwimmbäder würden einen Beitrag zur Gesundheit leisten. Es sei wichtig, dass die Kinder weiterhin das Schwimmen lernen würden. Deswegen stelle sie den Antrag, die Aufhebung der Förderrichtlinie für die Schwimmbäder heute nicht zu beschließen. Ihr sei die schwierige Haushaltssituation bewusst, aber vielleicht könne noch eine andere Lösung gefunden werden.

Abg. Sievert führt aus, man sei sich im Fachausschuss und im Kreisausschuss über die institutionelle Förderung und den Umgang mit Eigenleistungen einig geworden. Keine Einigkeit konnte zur Frage einer ggf. notwendigen Kürzung der Fördersummen erzielt werden. Auch er spricht sich dafür aus, die Förderrichtlinie für Schwimmbäder heute nicht zu streichen. Es würde noch Abstimmungsbedarf bestehen.

Abg. E. Holsten erklärt, man sei sich in vielen Punkten einig, das gelte auch für die Notwendigkeit der Konsolidierung der Kreisfinanzen. Deswegen sollten auch eigene Sparvorschläge gemacht werden, wie z. B. die vorliegende Neufassung der Sport- und Kulturförderung. Man habe sich die Entscheidung, hier Kürzungen vorzuschlagen, nicht einfach gemacht. Aber dies sei nur ein erster Schritt, die „dickeren Brocken“ würden noch folgen.

Abg. Wölbern meint, es sei nicht verwerflich, anderer Meinung zu sein. Wenn man sich nicht in allen Fragen einigen könne, sei das in Ordnung. Aber die Verantwortung für den Umgang mit den Kreisfinanzen würden alle Kreistagsabgeordneten tragen.

Kreistagsvorsitzende Tomforde lässt über die Ziffern 1. und 2. einzeln abstimmen. Mit der Abstimmung zu Ziffer 2. werde dann auch über den Antrag der Abg. S. Holsten entschieden.

Beschluss:

1. Die im Entwurf angefügte Neufassung der Verwaltungshandreichung „Förderung des Sports sowie der Kultur- und Heimatpflege“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	13
Enthaltung:	3

Beschluss:

2. Die Förderrichtlinie für Investitionen in Schwimmbädern im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	18
Enthaltung:	2

Punkt 20 der Tagesordnung: **Fortsetzung der Regionalen Ausbildungsbörse (RAB) ab 2026**
Vorlage: 2021-26/0890/1

Abg. Heinrich erinnert an die erste regionale Ausbildungsbörse. Diese sei ein voller Erfolg gewesen und er habe sich selbst davon überzeugen können. Die Informationen dort seien über klassische Ausbildungsberufe hinausgegangen. Dies sei ein tolles Projekt des Landkreises und solle unbedingt fortgeführt werden.

Auch **Abg. Lienau** spricht sich für die Fortsetzung der regionalen Ausbildungsbörse aus. Dies sei eine gute Investition in die Zukunft.

Beschluss:

1. Die Regionale Ausbildungsbörse (RAB) soll ab 2026 im jährlichen Wechsel an den kreiseigenen Berufsbildenden Schulen (BBS) stattfinden.

2. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) stellt für 2026 freiwillige Mittel von maximal 42.000 € zur Verfügung. Frühzeitige Ausschreibungen und Vergabe von Dienstleistungen zur RAB-Durchführung können in 2025 erfolgen. Die Deckung erfolgt über das vorhandene Budget des Teilhaushalts des Jobcenters. In Anspruch genommen werden soll ein Teil der 259.400 €, der dem Jobcenter zur Beantragung von ESF-/Landesmittel geförderten Projekten zur Verfügung gestellt wurde (vgl. Beschlussvorlage vom 14.11.2024).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 21 der Tagesordnung: **Antrag der Kreistagsgruppe CDU / FDP / WFB (BLZG) / FW: Täterberatungseinrichtung für Häusliche Gewalt im Landkreis Rotenburg
Vorlage: 2021-26/0946**

Abg. M. Holsten weist auf den Anstieg der bundesweiten Fallzahlen von häuslicher Gewalt in den vergangenen fünf Jahren um 19,5 % hin. Im gleichen Zeitraum habe sich die Steigerungsrate im Landkreis Rotenburg auf 24,2 % belaufen. Dies würde belegen, dass Bedarf an einer solchen Beratungsstelle im Landkreis Rotenburg bestehe. Sie sei froh, dass eine gemeinsame Beratungseinrichtung mit dem Landkreis Stade entstehen solle. Man habe auch die Haushaltskonsolidierung im Blick. Deswegen bitte sie um Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Auch für den Opferschutz sei dies wichtig. Sie bedankt sich bei der Verwaltung und auch beim Landkreis Stade für die Vorbereitung der Vereinbarung.

Abg. S. Holsten erklärt, sie habe im Polizeidienst häufiger mit Fällen von häuslicher Gewalt zu tun gehabt. Den steigenden Fallzahlen müsse entgegengewirkt werden. Täterarbeit sei wichtig, bleibe aber eine freiwillige Entscheidung der Betroffenen. Man müsse auch noch nach anderen Wegen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt suchen. Dies sei eine riesige gesellschaftliche Aufgabe und man dürfe nicht tatenlos zusehen. Dies sei ein guter Antrag für den Landkreis, ihre Fraktion unterstütze das Projekt. Sie regt eine Evaluierung des Programms an, um zu gucken, in welchen Punkten Fortschritte erzielt würden.

Abg. Wölbern bestätigt, dass Täterberatung wichtig sei. Viele Täter seien früher selber Opfer von häuslicher Gewalt gewesen. Deswegen sei auch ein frühzeitiger Schutz wichtig. Es sei noch viel zu tun und deshalb gut, dass der Landkreis einsteigen würde.

Vorsitzende Tomforde lässt über die Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses und des Kreisausschusses abstimmen.

Beschluss:

1. Die Landkreise Stade und Rotenburg (Wümme) schreiben gemeinsam die Errichtung einer Täterberatungsstelle an den Standorten Zeven und Stade aus. Die Ausschreibung erfolgt beim Landkreis Rotenburg (Wümme).
2. Zwischen den Landkreisen wird der anliegende Kooperationsvertrag geschlossen. Dieser Beschluss umfasst auch redaktionelle oder rechtliche Änderungen der Vereinbarung.
3. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) stellt für 2026 ff. jährlich freiwillige Mittel von max. 60.000 €/Jahr (zzgl. Dynamisierungsanpassungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 22 der Tagesordnung: **Antrag von Frau Mariella Schubert für den Kreisschüler-
rat vom 08. April 2025: Antrag auf Bereitstellung und re-
gelmäßige Befüllung von Spendern für Menstruationsar-
tikel an Schulen in Trägerschaft des Landkreises
Vorlage: 2021-26/0922**

Abg. Wölbern führt aus, es würde ein guter Beschlussvorschlag vorliegen. Er begrüßt, dass der Kreisausschuss den Antrag des Kreisschülerrates übernommen habe und dass die Schulvorstände jeweils eigenverantwortlich über die Ausgestaltung entscheiden könnten. Die Entscheidung solle vor Ort getroffen werden. Er bezeichnet dies als einen guten und sachge- rechten Beschluss.

Abg. Heinrich begrüßt das Engagement des Kreisschülerrates. Der heutige Beschluss sei eine Weiterentwicklung des Beschlusses aus dem Jahr 2022. Schön sei, wenn der gesamte Kreistag dies mittragen könne.

Abg. Loës bedankt sich beim Kreisschülerrat für den Antrag. Es sei gut, wenn das Thema enttabuisiert und angesprochen werde. Sie hoffe, dass dies an vielen Schulen eingeführt werden könne.

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) stellt Spender für Menstruationsartikel (Bin- den und Tampons), inklusive regelmäßiger Befüllung, in den Mädchentoiletten an allen öffentlichen Schulen, die sich in Trägerschaft des Landkreises befinden, zur Verfügung.

Der Schulvorstand befindet eigenverantwortlich über die konkrete Ausgestaltung, insbesondere die Art der Bereitstellung sowie die Standorte der Spender und kann beschließen, dass die Bereitstellung der Hygieneartikel nicht über die vom Landkreis vorgesehenen Spender erfolgen soll. In diesem Fall ist der Beschluss kurz zu begründen, um dem Landkreis eine sachgerechte Reaktion auf mögliche Problemlagen – wie etwa Vandalismus – in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Schule zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 23 der Tagesordnung: **Verweisung von Anträgen an den Kreistag in die zu-
ständigen Fachausschüsse**

Punkt 23.1 der Tagesordnung: **Antrag Die Linke vom 03.06.2025: Weibliche Genitalver-
stümmelung – Koordinierung eines kreisweiten Bera-
tungsnetzwerkes zur Versorgung betroffener Frauen
Vorlage: 2021-26/0962**

Abg. Loës begründet kurz den Antrag. Es solle eine Koordinierungsstelle für Betroffene oder zumindest eine Beratungsstelle eingerichtet werden. Viele Betroffene würden gar nicht wissen, dass solche Verstümmelungen nicht normal seien. Es herrsche große Unwissenheit. Deswegen seien ein Hilfsangebot und kompetente Ansprechpartner für Betroffene wichtig.

Kreistagsvorsitzende Tomforde schlägt vor, den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit zu verweisen.

Beschluss:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 24 der Tagesordnung: **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Punkt 25 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Kreistagsvorsitzende Tomforde schließt den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung um 10.40 Uhr.

Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

gez. Tomforde
Kreistagsvorsitzender

gez. Prietz
Landrat

gez. Twiefel
Protokollführer